



Taiwan Newsletter

Politik

Präsident Lai trifft Abgeordnete des Europaparlaments



Präsident Lai Ching-te hob am 6. Januar bei Gesprächen mit einer Delegation des Europäischen Parlaments (EP) die engen Beziehungen zwischen Taiwan und Europa hervor. Der von Michael Gahler, Vorsitzender der europäischen Taiwan-Freundschaftsgruppe geleiteten Delegation gehörten Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) an.

In den letzten Jahren habe sich die Zusammenarbeit in vielen Bereichen deutlich vertieft, betonte Lai und nannte als Beispiel das erste Treffen des sogenannten Formosa Clubs in Taipeh im vorigen Jahr. Dort seien unter anderem die Sicherheit von Unterseekabeln, regionale Sicherheit sowie die Zukunft der Taiwan-Europa-Kooperation intensiv diskutiert worden.

Des Weiteren dankte der Präsident dem EP für die im Laufe der Jahre verabschiedeten pro-taiwanischen Resolutionen, die große Aufmerksamkeit für Frieden und Stabilität über die Taiwanstraße und, dass sich das EP energisch für eine internationale Beteiligung Taiwans ausgesprochen habe.

Taiwan sei laufend mit hybriden Herausforderungen durch China konfrontiert und daher bestehe die Notwendigkeit, dass Demokratien sich gemeinschaftlich der Expansion von Autoritarismus widersetzen, die Werte Freiheit und Demokratie schützen und die auf Regeln basierende internationale Ordnung aufrechterhalten, erklärte Lai.

Er unterstrich, Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße seien entscheidend, nicht nur für die Sicherheit im Indopazifik, sondern auch für Europa und den globalen wirtschaftlichen Wohlstand. Taiwan habe sowohl die Fähigkeit als auch den Willen, Europas verlässlichster Partner zu werden. Zudem hoffe er, dass die EP-Delegation Eindrücke von Freiheit, Vielfalt und Demokratie in Taiwan mit nach Europa nehme. Gemeinsame Werte seien die stärkste Grundlage für eine weitere Vertiefung der Beziehungen.

Michael Gahler erklärte, das Europaparlament und mehrere nationale Regierungen hätten in politischen Stellungnahmen hervorgehoben, wie wichtig es sei, den Status quo

in der Taiwanstraße zu wahren. Er kritisierte Chinas jüngste kriegerische Aktionen rund um Taiwan mit scharfen Worten.

Während ihres Besuchs traf die Delegation zudem Außenminister Lin Chia-lung sowie Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates (NSC), der Kabinettsbehörde Rat für Festlandangelegenheiten (MAC) und des Wirtschafts- und Verteidigungsministeriums.

Das EP hatte Anfang April 2025 Resolutionen über Jahresberichte zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (CFSP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (CSDP) gebilligt und damit Besorgnis über die eskalierenden Spannungen über die Taiwanstraße bekundet. Die Institution appellierte ferner an die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedsstaaten, die Zusammenarbeit und den Austausch mit Taiwan fortzusetzen, wofür sich das Außenministerium bedankte.

Deutsche Medien zitieren Taiwans Botschafter Dr. Gu zu Chinas Großmanöver rund um Taiwan

Ende Dezember 2025 fand überraschend ein chinesisches Großmanöver mit Kriegsschiffen, hunderten von Kampffliegern und scharfen Geschossen rund um Taiwan statt.

Taiwans Botschafter Dr. Klement Gu verurteilte die Militärrübungen in der BILD-Zeitung aufs Schärfste und erklärte, die Provokationen zielen darauf ab, die regelbasierte Ordnung zu verändern und den regionalen Status quo zu untergraben.

„Mit seiner ironischerweise ‚Mission Gerechtigkeit‘ genannten Übung, die eher Ausdruck einer Ungerechtigkeit ist, verfolgt China verschiedene Zwecke – darunter kognitive Kriegsführung gegen Taiwan und die Demonstration der Koordination mit Russland“, so Gu.

Er warnte davor, dass der Angriff auf Taiwan einen Verlust von über 10 Billionen US-Dollar für die Weltwirtschaft verursachen könnte und betonte, dass Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße internationaler Konsens seien. China müsse seine irrationalen militärischen Provokationen unverzüglich einstellen, forderte der Botschafter.

Den gesamten Beitrag finden Sie unter:

<https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/taiwan-angriff-durch-china-wuerde-die-weltwirtschaft-billionen-kosten-6955099fa75a88580a6dc6aa>

Dr. Klement Gu wurde nicht nur von der BILD-Zeitung zitiert, sondern auch bei China Table, Table Media GmbH.

Breiter Rückhalt in der Bevölkerung für außenpolitischen Ansatz der Regierung



Laut einer Meinungsumfrage des Außenministeriums in Taipeh unterstützen die meisten Menschen in Taiwan die Außenpolitik von Präsident Lai zur Vertiefung der Beziehungen mit europäischen Ländern, Japan und den USA.

Aus der Demoskopie geht hervor, dass 59,4 Prozent der Befragten die diplomatische Bilanz der Lai-Administration des vergangenen Jahres gutheißen, und 68,1 Prozent waren mit Außenminister Lin Chialungs Maßnahmen zu auswärtigen Beziehungen zufrieden.

Annähernd 87 Prozent der Befragten begrüßten Lins Besuche in asiatischen und europäischen Ländern zur Ausweitung der Beziehungen, und 75,7 Prozent billigen das Projekt Wohlstand der diplomatischen Verbündeten des Außenministeriums.

Wie aus Taipeh verlautete, stehen 80,6 Prozent der Befragten hinter Taiwans Beschluss, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit mehreren US-Bundesstaaten zu stärken.

Fast 87 Prozent stimmen einer Vertiefung der taiwanisch-europäischen Beziehungen zu, und 87,5 Prozent sehen kulturelle Initiativen wie die Veranstaltungen der Reihe „Taiwan-Kultur in Europa“ im Jahr 2025 positiv.

In Bezug auf Japan blicken 72,5 Prozent der Befragten wohlwollender auf das ostasiatische Land als auf die China.

80,8 Prozent der Befragten bekunden ihre Besorgnis, dass Chinas Versuche, Rechtersprechung über ihre Grenzen hinaus auszuüben, die Beziehungen über die Taiwanstraße negativ beeinflussen.

Etwa 51,9 Prozent betrachten Taiwans internationale diplomatische Beziehungen als wichtiger verglichen mit den Beziehungen über die Taiwanstraße, wogegen 32,7 Prozent die entgegengesetzte Meinung vertreten.

Das Außenministerium hatte zwischen dem 20. und 26. Dezember vorigen Jahres 1639 Personen der Altersgruppe über 20 Jahre mit unterschiedlichem Bildungshintergrund im ganzen Land telefonisch interviewt.

Die Umfrage hatte ein Vertrauensniveau von 95 Prozent und einen Fehlerbereich von knapp unter 2,4 Prozent.